



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

REFORMPOLITIK DER GROßEN KOALITION

Abwarten statt regieren

Steuern erhöht. Leistungen gekürzt. Vergünstigungen gestrichen. Gesundheitsreform verschoben. Steuerreform vertagt. Arbeitsmarktreform gar nicht erst begonnen. Die Rente sicher gemacht, aber auf welchem Niveau? Föderalismus: Über vieles geredet, nur nicht übers Geld. Das ist in Stichworten die Bilanz ein Jahr nach der Bundestagswahl. Ist das genug, um die Staatshaushalte von Grund auf zu sanieren, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen und um „unsere Zukunft nicht zu verbrauchen“, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel jüngst gefordert hat?

Sicher: Auch Deutschland bewegt sich. Aber es dreht sich im Kreis. Wie kleine Schritte ohne klare Richtung zu einem Stillstand ohne Bewegung nach vorne werden, lässt sich treffend am Beispiel der Lohnnebenkosten veranschaulichen. Voller guter und richtiger Absicht wurde zur Senkung der Lohnnebenkosten die Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen. Aber das Ziel wird bestenfalls in mikroskopischen Dimensionen erreicht, da die gesetzlichen Krankenkassen ihre Beiträge erhöhen werden – nicht zuletzt als Folge der Mehrwertsteuererhöhung.

Dem internen Machtgleichgewicht der großen Koalition wird alles unterworfen – auch die innere Logik der eigenen Politik. Zu vieles passt im bunten Sammelsurium unterschiedlicher Einzelmaßnahmen nicht zusammen. Anderes widerspricht sich. So soll der konjunkturelle Aufschwung gestärkt werden, aber es werden die Steuern erhöht. Die Arbeitsmärkte sollen flexi-

bilisiert werden, aber gleichzeitig werden immer mehr Tätigkeiten einer Mindestlohnregelung unterstellt. Das Staatsdefizit soll verringert werden, die Ausgaben jedoch wachsen ungebrochen weiter. Das Gesundheitswesen soll modernisiert werden, aber mehr Bürokratie und eine neue Behörde sind das Ergebnis – als wären die Verwaltung von Patientenakten und das Inkasso der Versicherungsbeiträge die Kernprobleme des deutschen Gesundheitswesens.

Die Bundesregierung regiert nicht nach einem eigenen großen Plan. Sie reagiert auf Schuldenberge, Haushaltslöcher, Massenarbeitslosigkeit und die sich abzeichnende Kostenexplosion der sozialen Sicherungssysteme als Folge der demografischen Alterung der Gesellschaft. Sie wirkt nicht, als würde sie mit einer gut durchdachten, in sich schlüssigen Strategie die Zukunft Deutschlands gestalten, sondern schlicht so, als ginge es zuallererst darum, die Macht der großen Koalition zu verwalten.

Niemand weiß besser als die Bundeskanzlerin selber, auf welcher schiefen Bahn eine solche planlose Politik führen kann: „Das entscheidende Problem, über das wir sehr wohl nachdenken müssen, liegt viel tiefer. Es fehlt an der wichtigsten Voraussetzung für eine Gesundung unseres Landes: Es fehlt an Vertrauen. Es fehlt an Vertrauen in die politische Führung, an Vertrauen in die ökonomische und soziale Kraft unseres Landes, an Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Chancen und Möglichkeiten. Fatalismus greift um sich, mit all seinen Folgen.“

Notwendige, ja, auch harte Einschnitte und Kürzungen werden nur als Angriff auf die eigene Lebensqualität wahrgenommen. Ein Ziel der ganzen Operation? Nicht erkennbar. Der Nutzen für den Einzelnen? Nicht spürbar. Das Warum und Wozu von Reformen? Fehlanzeige. Reformen? Ein Wort, vor dem man sich per se schon fürchten muss. Und das Ergebnis des Ganzen? Wenn es gut kommt, bleibt es Wahlenthaltung, bei einer – wie jüngst formuliert wurde – Art nostalgischer Kapitulation. Wenn es schlecht kommt, kann aus Wahlenthaltung Protestwahl werden, aus Depression Rebellion, politische Rattenfänger inbegriffen.“ So hatte es die damalige Oppositionsführerin Merkel in einer sehr persönlichen, sehr bewegenden Rede am 13. Jahrestag zur Deutschen Einheit 2003 im Deutschen Historischen Museum in Berlin formuliert. Was hat sie in ihrem ersten Regierungsjahr getan, um das Vertrauen der Bevölkerung für ihre Politik zu gewinnen?

Nun ist es in einer Demokratie zu billig, die Politiker zu schelten, weil sie nach der Wahl nicht tun, was sie vor der Wahl noch für richtig erachtet haben. So wenig wie Unternehmen Kostenersparnisse automatisch an ihre Kunden weitergeben, so wenig werden Politiker ohne Druck etwas tun, was die Bevölkerung so sehr verärgert, dass die Wiederwahlchancen gefährdet werden.

Aus dem Grund genügt es auch nicht, wenn kluge Sachverständige zum x-ten Male die richtigen Schritte zur ökonomischen Gesundung Deutschlands vorschlagen. Was zu tun wäre in Deutschland, ist längstens und bestens bekannt. Dass mehr Leistung und Wettbewerb zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen, ist breiter Konsens. Deutschland hat kein Erkenntnisproblem. Deutschland hat ein Führungsproblem.

Die Bundesregierung verspürt zu wenig Druck, zu tun, was gemacht werden müsste, um die Zukunftsfähigkeit der

deutschen Wirtschaft nachhaltig zu sichern und den Menschen eine hoffnungsvolle Perspektive auf Wohlstand und ökonomische Sicherheit zu öffnen.

Wieso sollte die Bundeskanzlerin mit einer Reformpolitik Kopf und Kragen wagen, die den Interessen aller erst langfristig entspricht, kurzfristig aber bei vielen Protest- und Wahlverweigerung hervorruft? Sie wollte die Macht. Nun hat sie die Macht, und so sicher wie heute konnte sich die Bundeskanzlerin ihrer Macht noch nie sein. Ein Nebenbuhler ist nicht in Sicht, weder außerhalb und schon gar nicht innerhalb ihrer Partei. So spricht aus ihrer Sicht nichts dagegen, zunächst die Geschicke der großen Koalition möglichst lange zu verwalten, um zu einem ihr günstig scheinenden Zeitpunkt Neuwahlen zu provozieren oder spätestens am Ende der Legislatur mit dem Bonus der Amtsinhaberin sich ein neues Mandat für ein neues Glück geben zu lassen. Jede andere Strategie hätte für die Bundeskanzlerin weit größere Risiken. Keine Politik der weitreichenden strukturellen Erfordernisse findet zurzeit eine starke politische Mehrheit, das ist das klare Ergebnis der letztjährigen Bundestagswahl. Wieso sollte bei dieser Voraussetzung ausgerechnet die Bundeskanzlerin aus der sicheren Defensive in die von zu vielen ungeliebte Offensive gehen, stärkt doch gerade eine Strategie des Abwartens, Moderierens und Verwaltens ihre Macht? Bei einem Strategiewechsel kann sie nichts dazugewinnen, jedoch kann sie alles verlieren.

Wer also vom abwartenden Verhalten der Kanzlerin enttäuscht ist, muss der rationalen Machtpolitikerin zuallererst aufzeigen, wieso eine „bessere“ Politik auch bessere Wiederwahlchancen und mehr Macht bei einer nächsten Bundestagswahl bedeuten sollte. Diese Forderung zu erfüllen ist alles andere als einfach.

Veränderungen, so unverzichtbar sie in der langen Frist auch sein mögen, wir-

ken auf die breite Bevölkerung zunächst als Gefahr und weniger als Chance. Vielen scheint es, als würde ihnen etwas weggenommen oder nicht gewährt, was ihnen zusteht oder was sie verdient hätten. Die Anpassungskosten sind rasch spürbar. Arbeitslosengeld, Sozialleistungen oder Renten zu kürzen ruft sofort Proteste hervor. Die Reformfolge werden hingegen erst deutlich später sichtbar. Weswegen also sollte die Bundeskanzlerin die Offensive wagen, wenn deren kurzfristigen Folgen den Machterhalt und die Wiederwahl gefährden?

Die Bundeskanzlerin wird ihre Strategie erst dann ändern, wenn sie überzeugt ist, dass die Bevölkerung eine offensivere Politik honoriert. Damit wird eines klar: Solange die Mehrheit der Deutschen fest daran glaubt, dass der Status quo für sie besser ist, solange wird eine rationale Machtpolitikerin in der sicheren Defensive verharren.

Erst wenn Zukunftsängste um sich zu greifen beginnen, wenn für immer größere Teile der Bevölkerung die Kosten des Nichtstuns offensichtlicher werden, wenn Handlungs- und Verteilungsspielräume enger und enger werden und wenn immer deutlicher wird, dass nur kurzfristige Opfer langfristig mehr Sicherheit und mehr Wohlstand zu garantieren vermögen, wird in Deutschland die Stunde der Reformpolitiker(innen) schlagen. Das mag erst spät der Fall sein. Vielleicht auch zu spät.

Bereits einmal in der jüngeren Vergangenheit galt für einen Teil Deutschlands: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Muss sich die Geschichte wirklich wiederholen? Wäre es nicht klüger, aus der Weisheit Michail Gorbatschows rechtzeitig die richtigen Lehren zu ziehen?

Der Essay ist am 22. September 2006 in „Die Welt“ erschienen.